

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2005

Nr. 2005/2235

KR.Nr. SGB 118/2005 **PB 4**

Legislaturplan 2005–2009 und Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001–2005

Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Parlamentarischen Gruppe Natur+Umwelt vom 27. September 2005 (BJD02)

1. Antragstext

Die Parlamentarische Gruppe Natur+Umwelt beantragt folgenden Planungsbeschluss:

Unter dem politischen Schwerpunkt 1 «Umwelt, Raum und Natur» sollen als weiteres Wirkungsziel und Massnahme aufgenommen werden:

- Wirkungsziel: Umsetzung der kantonalen Naturschutzziele nach Bau- und Planungsgesetz und Erhalt der regionstypischen, einheimischen Pflanzen, Tiere und deren Lebensräume.
- Priorität: 1
- Massnahme: Genehmigung eines Anschlussprogramms im Jahre 2008 an das bis 2008 verlängerte Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft.
- Geschätzte Veränderung Ressourcen: Es ist aufzuzeigen, wie der Natur- und Heimatschutzfonds geöffnert wird.

2. Begründung

Unter den politischen Zielsetzungen wird dem Natur- und Landschaftsschutz Priorität eingeräumt, ein entsprechendes Wirkungsziel fehlt aber. In der Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001–2005 wird die Genehmigung der Verlängerung des Mehrjahresprogramms Natur und Landschaft bis 2009 als politischer Schwerpunkt unter Punkt 1 «Umwelt, Raum und Natur schützen» aufgeführt. Für die Amtsperiode 2005–2009 ist kein Anschlussprogramm vorgesehen.

Nachdem das Mehrjahresprogramm aus Spargründen bereits einmal um zwei und ein weiteres Mal um vier Jahre verlängert wurde, läuft das Programm im 2008 aus. Bis dahin wird der Verpflichtungskredit voraussichtlich endgültig ausgeschöpft sein. Ein Anschlussprogramm ist zwingend nötig, damit die Vereinbarungen mit den Bewirtschaftern eingehalten und die Ziele erreicht werden können.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Kantonsrat hat am 16. März 2004 entschieden (SGB 190/2003), dass ihm rechtzeitig vor Ablauf des Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft ein Anschlussprogramm zu unterbreiten sei. Dieser Auftrag hat in der Departementsplanung des Bau- und Justizdepartementes und insbesondere im neuen Globalbudget 2006–2008 des Amtes für Raumplanung Aufnahme gefunden. Eine zusätzliche Erwähnung dieses unbestrittenen Auftrages erachten wir als unnötig.

4. Antrag des Regierungsrates

Ablehnung.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Spezialkommission

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Bau- und Justizdepartement (La)
Bau- und Justizdepartement (br)
Amt für Raumplanung (2)
Aktuarin Spezialkommission (scs)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat